

Besuchsbedingungen und Einzelnenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Cindencstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 192-205. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Berlin und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cindencstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2505-2507.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Müllers Antwort an Luther.

## Schärfstes Mißtrauen der Sozialdemokraten.

In der Fortsetzung der Besprechung der Regierungserklärung ergriff heute als erster Redner der Führer der Sozialdemokratie, Genosse Hermann Müller, das Wort. In scharf pointierten Ausführungen wies er nach, was hinter den glatten Redensarten des Reichskanzlers stehe. Das, was der Reichskanzler nicht sagte, das habe Graf Westarp um so deutlicher gesagt. Und wenn Dr. Luther sich auch bemühe, den Kurs des jetzigen Kabinetts als die Fortführung der politischen Linie des Kabinetts Marx hinzustellen, so könne das die Sozialdemokratie doch nicht darüber täuschen, daß die Deutschnationalen das maßgebende Element in dieser Regierung bilden. Die Sozialdemokratie werde stets in sachlicher Arbeit die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen, sie werden aber auch den schärfsten Kampf gegen die Regierung führen, wenn sie es wagen sollte, die Lebensnotwendigkeiten des werktätigen Volkes anzugreifen.

Am zweiten Teile seiner eindrucksvollen Rede beschäftigte sich Genosse Müller mit den Angriffen, die von der Rechtspresse aus Anlaß der Finanzsären gegen die Sozialdemokratie erhoben worden sind. Er wies grundsätzlich darauf hin, daß diese Korruptionsercheinungen nicht eine Folge der Revolution und nicht ein besonderes Merkmal der Republik seien, sondern daß sie nur zu verstehen sind als eine Folge des Krieges. Ein Vergleich mit der Zeit nach dem Deutsch-Französischen Kriege 1870/71 zeigt das aufs Schlagendste. Der damalige Kritiker war allerdings der Eisenbahnkönig Stroußberg, der zu den höchsten Stellen im Staat und zu den bekanntesten Persönlichkeiten in den besten Beziehungen stand. An einer Fülle von Beispielen zeigte Müller, wie tief die Korruption im kaiserlichen Zeitalter am Marke des Volks fraß, und es bedarf nicht erst, wie es der Abg. v. Freytagh-Loringhoven kürzlich meinte, des Zurückgehens bis in das achtzehnte Jahrhundert, um zu sehen, wie faul es im Staate der Hohenzollern um die Moral vieler an der Spitze stehender Persönlichkeiten stand. Eine gründliche Abrechnung hielt Genosse Müller bei dieser Gelegenheit auch mit den völkischen Abgeordneten Graese und Henning, deren Auftreten er in Vergleich stellte mit dem Auftreten des berühmten „Judenflinten“-Abwardt.

Zum Schluß erklärte Müller noch einmal, daß unsere Partei dieser Regierung ein klares Mißtrauensvotum erteile und damit den Trennungsstrich gegen sie so deutlich wie möglich ziehe. Er fand mit seinen Ausführungen den lebhaftesten Beifall.

Als nächste Redner sprachen die Abgg. Behrens (Dnt.) und Kardorff (D. Sp.), die nichts Wesentliches mehr vorzubringen hatten.

Langsam füllte sich der Reichstagsaal zu Beginn der heutigen Sitzung, deren Dauer auf recht viele Stunden geschätzt wird. Die Bänke der Abgeordneten, die der Regierung und des Reichsrats sind noch schwach besetzt, als kurz nach 12 Uhr der deutschnationale Vizepräsident Graf die Sitzung eröffnet. Er teilt mit, daß der Protest gegen die Ausschließung des kommunistischen Abg. Dr. Schwarz zu spät eingegangen ist, als daß das Schreiben noch allen Abgeordneten zu Beginn der heutigen Sitzung hätte vorgelegt werden können. Das soll aber noch im Laufe der heutigen Sitzung geschehen und dann wird über den Protest ohne Debatte abgestimmt werden.

In der darauf fortgesetzten Besprechung der Regierungserklärung nimmt das Wort

### Abg. Hermann Müller-Franken (Soz.):

Der Reichskanzler hat sich in seiner ersten Rede am Montag an alle Parteien gewandt, die bereit seien, in staatsbeherrschender Gesinnung praktisch mitzuarbeiten. Gestern meinte der Reichskanzler, die Ausführungen meines Freundes Breitscheid, insbesondere über die Außenpolitik, ließen ihn glauben, daß auf diesem Gebiet auch die Sozialdemokratische Partei mitarbeiten könnte. Der Reichskanzler hat so erklärt, daß diese Regierung kein Kampfkabinet gegen die Linke sei. Wie kann er damit

die Rede des Abg. Graf von Westarp vereinbaren, die eine einzige Kampfanlage gegen die Sozialdemokratische Partei war, gesprochen von dem Vertreter der größten Regierungspartei?

(Lebhafte Zustimmung links.) Westarp hat gesagt, daß im Reich und in Preußen die Sozialdemokraten aus allen Machtpositionen herauskommen sollen. Er hat ganz deutlich erklärt, daß es ihm und seiner Partei darauf ankommt, wieder den alten Kaiserstaat zu errichten.

den wir unter Wilhelm II. gehabt haben — den Staat, in dem auch die Beamten lediglich aus privilegierten Schichten genommen und, um mit Bismarck zu sprechen, in den Dajenstab der Bureaucratie eingegliedert wurden. Im Wahlkampf haben die Deutschnationalen ein Flugblatt Nr. 191 verbreitet, in dem es u. a. heißt:

Ebert: Sattler, Gastwirt, Arbeitersekretär, Redakteur, Reichspräsident.  
Hilfseker: Schjoffer, Wahlhelferminister.

Also auch die aus dem Zentrum genommenen Minister und Beamten sollen beseitigt werden. Die deutliche Rede des Zentrumsgesandten Heß im Preussischen Landtag hat bewiesen, daß das Zentrum das verstanden hat. Abg. Koch hat gestern den Reichspräsidenten mit seinem Vorgänger Wilhelm II. verglichen. Ich

habe dem nichts hinzuzufügen; denn wir haben uns immer gegen Ebert-Beleidigungen in diesem Hause gewandt und das verbietet uns, diesen Vergleich weiter zu ziehen. (Sehr gut, links.) Ueber den Etat selbst zu reden, ist zwar nicht sehr gebräuchlich, aber wohl verzeihbar. Wir müssen so schnell wie möglich in den Etat wieder zu normalen Zuständen kommen. Das Budgetrecht ist das Kernrecht jedes Parlaments.

Es geht nicht an, daß das Budgetrecht beeinträchtigt wird durch die Anwendung des Art. 48 der Verfassung.

Zwar ist das nur geschehen zur Auslegung gewisser Verordnungen und zur Herabsetzung gewisser Steuern, aber schließlich könnte man ebenso gut auch Steuern damit erhöhen. Gegen diese Methode wenden wir uns in Übereinstimmung mit den Ländern. Dieser mißbräuchlichen Anwendung des Art. 48 muß ein Riegel vorgeschoben werden, nicht nur für das Budgetrecht, sondern auch auf anderen Gebieten. Wir haben schon im vorigen Reichstag den Antrag eingebracht, daß unverzüglich das

Ausführungsgezet zum Art. 48,

welches in der Verfassung versprochen ist, vorgelegt werde. Wir werden auf der Beratung dieses Antrages bestehen und hoffen, daß die Deutschnationalen da mit uns zusammenschließen, denn wenigstens so lange sie Opposition waren, haben sie diese Auffassung vertreten. Nachdem die Wahrung stabilisiert ist, müssen wir auch geordnete Rechtsverhältnisse bekommen.

Wir sind bereit, mit Graf Westarp für eine auskömmliche Bezahlung der Beamten einzutreten. Wir nehmen an, er wird bereit sein, mit uns das Befolgungsrecht des letzten Frühjahrs wieder gutzumachen. Eine bessere Entschädigung der Kriegsoffer hat unser Kollege Kottmann schon vor der Regierungsbildung hier gefordert. Auch da sind wir bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die etwas für die Kriegsoffer tun wollen.

Die deutsche Wirtschaft muß endlich Klarheit in der Aufwertungsfrage

haben. Unsere Parteifreunde haben schon im Aufwertungsausschuß einen dahingehenden Antrag der Deutschnationalen unterstützt. Und wir haben einen grundsätzlichen Aufwertungsantrag eingebracht. Wir werden sehen, was dazu die Wirtschaftskreise sagen, insbesondere jene, die den Wahlfonds der Rechtsparteien mit 2 Mark pro Arbeiter gespickt haben. (Sehr gut! links.)

Der Reichskanzler hat für sich in Anspruch genommen, daß er die Politik der vorigen Regierung weitertreibe. Aber Graf Westarp bezeichnete die neue Regierung als einen Wendepunkt in der Politik, und gleichzeitig nannte er die Regierung Marx die Regierung einer vollendeten Ahnungslosigkeit, d. h. jene Regierung, in der der jetzige Reichskanzler Reichsfinanzminister war, jene Regierung, die die Verhandlung in London geführt und die Dawes-Gesetze im Deutschen Reichstag mit Hilfe der Deutschnationalen durchgesetzt hat, das zweite Versailles, um mit Hefflerich zu reden. Ich glaube, daß die Kritik des Grafen Westarp gegen die vergangene Regierung gewissermaßen auch eine Richtschnur für die neue Regierung sein sollte. Wir haben bedauert, daß die Regierung Marx ihre Mitarbeit an der Befriedung Europas nicht dadurch trönen konnte, daß sie den

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

bewerkstelligte. (Sehr gut! links.) Ich fürchte, wir werden auch diesen Schritt tun, wenn es zu spät sein wird. Meine Partei tritt nach wie vor dafür ein, daß der Eintritt sobald wie möglich erfolgt. Den Stütz im Völkerbund haben uns alle Mächte zugestanden. Der Artikel 16 verliert seine Stärke in dem Augenblick, wo Deutschland selbst im Rat sitzt. Ich bin überzeugt, daß bei gewissen Umständen nicht die wahren Gründe für den Rücktritt angegeben werden. Wir werden eine solche Politik nicht mitmachen. Ich bin überzeugt, daß Widerstände, die noch vorhanden sein sollten, zu überwinden sind und daß im Gegenteil der Eintritt der deutschen Republik in den Völkerbund den Eintritt der Sowjetrepublik nach sich ziehen wird, so daß ganz Europa im Völkerbund vereinigt wäre. Dr. Leicht sprach von der Unzufriedenheit mit dem Völkerbund. Ja, wer ist denn mit ihm zufrieden? Er ist doch nicht von uns konstruiert. Es fragt sich nur, ob die deutschen Interessen besser vertreten werden, wenn wir drinnen oder wenn wir draußen sind. Wir sind überzeugt, daß das erstere der Fall ist und

### Vorsichtige Zurückhaltung.

#### Die Furcht vor den Folgen der Rechtsregierung.

Die gestrige Rede des Reichskanzlers konnte an der heutigen Börse keinerlei anregende Momente auslösen. So eröffnete die Börse in vorsichtiger Zurückhaltung. Lediglich am Anleihenmarkt zeigte sich zunächst ein etwas lebhafteres Interesse. Trotzdem blieb die Tendenz zunächst uneinheitlich. Fast unverändert war der Markt mit Schiffahrtswerten, am Markte der Spirituwaren ging es sehr still zu. Am Markt der Freiverkehrskurswerte war ebenfalls eine durchaus lustlose Stimmung bei leicht abgesetzten Kursen. Am Petroleummarkt war überwiegend Abgabeneigung festzustellen. Auch hier bröckelten die Kurse leicht ab. Eine Ausnahme der allgemeinen Stimmung machte lediglich der Bahnamtmarkt, wo sich ein lebhaftes Geschäft entwickeln konnte. Am Markt der heimischen Renten zeigte sich eine recht lustlose Stimmung (trotz der deutschnationalen Regierung! D. Red.), doch vermochten sich die Kurse etwa im Rahmen der gestrigen Schlusskurse zu halten. Für Kriegsanleihe hörte man einen Geldkurs von 0,895. Dagegen ging es am ausländischen Rentenmarkt wieder recht lebhaft zu. Besonders flegeln die Wertpapierwerke von Oesterreich-Ungarn, auf die Hoffnung der Anleihebesitzer, daß etwa nach den Schweizer Vereinbarungen auch jetzt eine Aufwertung mit 50 Proz. erfolgen würde.

wir sind damit in Übereinstimmung mit den deutschen Minderheiten in anderen Staaten, wie in der Tschechoslowakei, in Polen, Südrumänien usw. Es wundert mich, daß diese Wünsche der deutschen Minderheiten so ganz ohne Einfluß auf die Entscheidung der deutschen Reichsparteien sind. (Hört, hört! links.)

Die deutschen Minderheiten draußen wissen ganz genau, daß ihnen mit den deutschen Auswärtigen Ämtern allein nicht gedient wird, auch nicht, wenn diese Ämter in Zukunft stillisiert sein sollten von dem stählernen Willen des Grafen Westarp. Das wird auf das Ausland wenig Eindruck machen. Im Gegenteil, die englische konservative Regierung wird sich desto mehr auf die Seite Frankreichs stellen, je mehr die deutsche Junkerklasse in der deutschen Außenpolitik maßgebend zu werden scheint. Auch

dem Rheinland und dem Ruhrgebiet ist mit irgendwelcher Kraftmelle nicht gedient;

Rheinland und Ruhrgebiet wollen so bald wie möglich befreit sein und das kann nur erreicht werden durch eine Politik der Verständigung, die jede Revisionspolitik abschwört. Das Zentrum sollte sich daraufhin seine Bettgenossen in der neuen Mehrheit genau ansehen. (Heiterkeit links.) Der deutschnationale Abgeordnete v. Freytagh-Loringhoven sagt in seinem Buch über die Weimarer Verfassung, der Tag werde kommen, an dem das deutsche Volk die Schmach von Versailles mit seinem Blut wieder abwache und dann werde es sich auch von der Weimarer Verfassung trennen. (Abg. Schiedemann (Soz.): Das ist ja ein jener Schwächer! — Lebhaftige Zustimmung.) Und der deutschnationale Abg. Schiange-Schönigen, der nach der „Deutschen Tages-Zeitung“ mit dem deutschnationalen Abgeordneten Gottlieb-Denk nicht verwechselt werden will, hat im Sommer in Rede gehalten von dem

Regiments deutschen Heer, das unter Schwarzwelkroten Jahren, nicht mehr als Heer der deutschen Republik, sondern mit dem deutschen Kaiser an der Spitze zurückkehren werde.

Nach glaube, Herr v. Gräfe wird noch lange um den Kniffhäuser herumtrüben können (lebhaft Heiterkeit), bis das zur Wahrheit wird. Aber ich begreife nicht, wie Graf Westarp angesichts solcher Äußerungen seiner Parteigenossen und Vorwürfe machen kann, daß wir mit einer solchen Außenpolitik nicht auf den gleichen Boden treten wollen. Das wäre ja dasselbe, wie wenn wir mit dem Professor Koethe auf einen Boden treten wollten, einem der einfältigsten Schwächer, der in Deutschland herumläuft. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden diese gemeinsame Front auch nicht mitmachen können mit den Vaterländischen Verbänden, die Graf Westarp als so harmlos hingestellt hat. Ich mußte dabei denken an die harmlosen Schulz und Tilleisen, die Erzberger ermordet haben. (Widerspruch rechts.) Es ist wohl überhaupt nicht wahr, daß Erzberger ermordet wurde. Auch an die harmlosen Schwarzweißroten Rathenau-Wälder man kann uns doch nicht zumuten, mit solchen Kreisen gemeinsames Außenpolitik gegenüber England und Frankreich treiben zu können.

Herr Dr. Luther hat sich auch mit der Frage der Zeitfreiwillingen befaßt. Wenn Freund Breitscheid hat nichts mitgeteilt, was nicht alle Welt bereits weiß. Es sind

eine Reihe von Landesocetra-Prozessen

gegen die sozialdemokratische Presse angestrengt worden, obgleich diese Frage auch in den Organen der studentischen Vereinigungen behandelt worden ist. Erst in den letzten Tagen ist ein Landesverrotts gegen unser Breslauer Parteiblatt wegen Landesverrotts eröffnet worden, das es sich durch den Abdruck eines Artikels aus dem Jülicher „Volksrecht“ hat zuschulden kommen lassen sollen. Es ist nichts darin enthalten, was gegen Deutschland's Int. ressen gerichtet sein könnte. Im übrigen haben wir eine Interpellation an dazu eingebracht. Ich enthalte mich deshalb vorläufig weiterer Ausführungen. Wir werden das Notwendige dazu noch zu sagen haben.

Der Graf Westarp hat behauptet, daß der von der Sozialdemokratie großgezogene Materialismus die Revolution verschuldet habe. Wenn Herr Westarp etwas über den historischen Materialismus gelesen haben würde, dann könnte er etwas berätiges nicht sagen. Wir werden alle Korruptionsercheinungen bekämpfen ohne Unterschied der Person, der Partei, oder auch der Familienbeziehungen.

Die ganze Kampagne, die jetzt in Verbindung mit den Finanzkandidaten begonnen worden ist, kann nur verstanden werden von dem Gesichtspunkt der Vorbereitung der Wahlen für den Reichspräsidenten.

Die Sozialdemokratische Partei soll diskreditiert werden, der Magdeburger Prozeß eine Fortsetzung erfahren. Glauben Sie wirklich, daß uns diese Kampagne etwas schaden kann? Sehen Sie sich doch das Ergebnis der Landtagswahl in Lippe-Dehmold vom letzten Sonntag an, wo wir seit dem 7. Dezember 2000 Stimmen zugenommen haben, trotz der unglaublichen Schmähungen gegen unsere Partei. Der hier eingebrachte Antrag spricht besonders von der Korruptionsaffäre Kautzker. Diese Affäre könnte mit allen bürgerlichen Parteien in Zusammenhang gebracht werden. Ich erkläre grundsätzlich für meine Partei, daß wir zur strengsten Untersuchung darüber beitragen werden, welche Kredite von den öffentlichen Institutionen gegeben wurden und die heute noch nicht zurückgezahlt wurden.

An Kautzker sind im Mai vorigen Jahres 34 Millionen Mark Kredit gegeben worden. 19 Millionen wurden in bar abgedeckt, 15 Millionen hat die Preussische Staatsbank übernommen. Es ist fest, daß

die daran beteiligten Beamten der Staatsbank sämtlich dem alten Regime entstammen

und der verantwortliche Minister ist der Deutschvolksparteiler von Richter. Was den Fall Barnat anbelangt, so hat der Abgeordnete Heilmann am 8. Dezember bei dem preussischen Finanzminister Richter anfragt, ob ihm bekannt sei, daß die „Kox-Fraße“ über Unrechtmäßigkeiten berichtet habe. Noch am 16. Dezember hat der preussische Finanzminister erklärt, daß die vorgenommene Prüfung ergeben habe, daß alles in Ordnung sei. Die Art, wie dann

diese Kampagne politisch aufgegriffen worden ist, wird noch genauer untersucht werden müssen. Wir haben keine Ursache, irgend etwas zu verschweigen oder zu verheimlichen. Ich erinnere daran, daß am 4. April 1878 der damalige Bismarck-Vertragspartner erklärt hat, es handle sich um die Wahrung der Regierung, die Verbindung zwischen Staatsbeamten und Gründern zu verhindern. Wir sind allerdings anderer Auffassung. Wir verlangen, daß der Staat alles tue, was in seiner Macht steht, um eine solche Verbindung unmöglich zu machen. Nun ist behauptet worden, daß im Verwaltungsrat der Post der sozialdemokratische Vertreter den Kreditmaßnahmen des Postministeriums zugestimmt habe. Ich stelle demgegenüber folgendes fest: Schon am 26. Juli 1924 hat mein Freund Steinkopf im Verwaltungsrat der Post sich dagegen gemeldet, daß Monopole geschaffen und Konzesse bevorzugt werden. Der Minister hat darauf geantwortet, daß die Behauptungen Steinkopfs den Tatsachen nicht entsprechen. In der Verwaltungsratsitzung der Post vom 5. Januar d. J. hat der Minister erklärt, daß er nichts zu verheimlichen habe, die Einsetzung eines Ausschusses sei nicht notwendig. Dazu hat der Abgeordnete Grün ausgeführt, der Zeitpunkt sei nicht geeignet, Minister zu stürzen, zudem alle Zahlen genannt worden seien. Mein Freund Steinkopf hat auch hier volle Klarheit gefordert.

Breitscheid hat schon ausgeführt, und ich kann es nur wiederholen, daß für diese Affäre nicht die Republik verantwortlich gemacht werden kann, sondern daß sie sich als Nachkriegsercheinung darstellt. Ähnliche Vorgänge, allerdings in weit größerem Umfang, haben sich ja auch nach dem deutsch-französischen Kriege ereignet. Der damalige Kultusminister hieß Strußberg. Mit ihm standen in Verbindung der Fürst Wittgenstein, der Fürst Biron, andere Fürstlichkeiten und Inhaber hoher Ämter, der Handelsminister Graf Hensling hat bei der Eröffnung der Ostbahn einen Toast auf Strußberg-Kultusminister ausgebracht und ihn einen Stern am Himmel genannt. Der Abg. Freytag-Boringhove hat in einem Artikel kurzlich behauptet, daß man bis 1782 zurückgehen müsse, bis man einen Skandal finde, den man den Hohenzollern anhängen könnte. Herr Freytag-Boringhove ist in der Geschichte nicht sehr bewandert, sonst würde er nicht soweit zurückgehen sein. Ich erinnere daran, daß am 28. September 1876 Bismarck seinen Tischgenossen erzählt hat, daß er durch die Gnade seines Monarchen zum Fürsten geworden sei. Früher hätten sich die Minister von auswärtigen Mächten schmieren lassen müssen. In ähnlicher Weise wie die Rechtsprelle Korruptionsercheinungen in politische Skandale ummünzen will, hat sie es ja schon früher getan. Man braucht nur daran zu denken, welchen Kompromiß Bismarck gegen die Organe der Konfessionsparteien und besonders die „Kreuzzeitung“ führen mußte. (Bei den folgenden Ausführungen kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den völkischen Abgeordneten Henning und Graefe, die mit freier Stirn ihre Behauptungen aufrechterhalten und die deshalb von sozialdemokratischer Seite als Verleumder bezeichnet werden.)

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat am 2. Januar behauptet, daß Barmat die Revolution finanziert habe. Dann ist Barmat wohl auch am Verlust des Krieges schuld. Dann war er es wohl, der Judenborst in den Rücken gestochen hat. Zwei Dinge sind es, die Barmat vorgeworfen wurden: 1. daß er Ostjude sei, 2. daß er zu den Schiebern gehöre. Wenn Sie die Parteien untersuchen würden, die noch niemals mit Ostjuden in Verbindung gestanden haben, dann werden Sie in diesem Hause wohl überhaupt keine finden. In Verbindung mit Barmat ist auch mein Name genannt worden. Zuerst damals, als ich in einer Interpellation die Beziehungen des Prinzen Eitel-Friedrich erwähnte, der ja später wegen Kapitalverleumdung auch mit 5000 M. bestraft worden ist. Ein Jahr später ist Barmat von der „Kreuzzeitung“, der „Deutschen Tageszeitung“ der Schieber beschuldigt worden. Die „Kreuzzeitung“ hat allerdings sofort den Rückzug angeordnet, als Barmat ihr eine Berichtigung zuschickte. Sie hat aber behauptet, daß zwischen mir und Barmat Beziehungen beständen. Darauf habe ich dem Blatt sofort eine Erklärung geschickt, daß nicht die geringsten geschäftlichen Beziehungen zwischen mir und Barmat beständen noch jemals bestanden hätten. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat diesen Rückzug erst vor dem Schöffengericht angeordnet. Der Chefredakteur des innenpolitischen Teils hat einen Vergleich eingehen müssen, indem er die Beleidigungen gegen Barmat zurücknahm und sich zur Zahlung sämtlicher Kosten verpflichtete.

Was die Lebensmittelgeschäfte in dem ersten Jahre nach dem Kriege anbetrifft, so muß man die damaligen Verhältnisse berücksichtigen. Aber schon im Jahre 1919 ist ein schiefes gerichtliches Verfahren gegen Barmat eingestellt worden, weil nichts Strafbares festgestellt worden ist. Auch die Lebensmittelbesitzer haben den Gegenstand einer Untersuchung gebildet. Von der schließlichen Kammer ist im Jahre 1922 nach

gründlicher Untersuchung festgestellt worden, daß nichts vorgekommen sei, was den Strafrichter beschäftigen könnte. Wer sich an die Verhältnisse nach dem Kriege erinnert, der wird wissen, wie von allen Behörden den Händlern nachgeholfen wurde, die Getreide und Vieh zu verkaufen hatten. Die „Deutsche Tageszeitung“ allerdings hat am wenigsten Ursache, sich darüber zu entrüsten, denn ihre Leute gehörten zu den Selbstversorgern. In dem Augenblick allerdings, wo große Lebensmittelkredite gegeben wurden, und die Verträge mit den amerikanischen Fleischpatern abgeschlossen werden konnten, sind diese Dinge ausgeklammert worden. Ich stelle hiermit fest, daß keiner der Barmat Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei ist, daß sie

weder dem „Vorwärts“ noch der sozialdemokratischen Presse noch irgendeiner anderen Institution irgendwelche Zuneigungen gemacht haben.

Mit einer einzigen Ausnahme. Sie betrifft ein kleines inzwischen eingegangenes Blatt, das einmal 1500 M. erhalten hat. (Als der Abg. Henning fortwährend Zwischenrufe macht, ruft Müller ihm zu: Wir sind nicht so hinter Subventionen her wie der Badedirektor von Bormum.) Die Art, wie der Abg. Graefe hier aufgetreten ist und mit Material gedroht hat, das er angeblich gegen uns besitze, erinnert an den Hohen Knecht mit seinen „Judenbörsen“. Alle Parlamentarier haben mir erklärt, daß bisher ein solcher Fall noch nicht dagewesen sei, in der ein Abgeordneter mit ungeladenem Revolver auf der Tribüne hantiert habe. Herr Graefe sollte nicht so viel von der Pleite der Republik reden, er sollte lieber an

#### die Pleite der völkischen Bewegung

denken und sich daran erinnern, was Dr. Dinter über seine eigenen Parteigenossen berichtet hat. Denken Sie daran, daß selbst Herr Stresemann in einer Rede ausführte, daß diese Affären nicht eine Folge der Revolution, sondern des Krieges seien. Erinnern Sie sich an den deutsch-nationalen Abg. Lambach, der auf dem deutsch-nationalen Handelseigentag im Jahre 1919 gleichfalls ausführte, daß die Korruption nur eine Kriegsfolge sei. Denken Sie daran, was Dr. Heim im Jahre 1917 über die Korruption ausgeführt hat, die in Industrie und Handel während des Krieges herrschte. Wenn Graefe von Korruption spricht, dann muß er sich zunächst an die eigene Partei halten. Ich denke nicht einmal an den deutschvölkischen Bankier Bruh, gegen den 1100 Strafanträge vorliegen. Herr Dr. Dinter hat am 7. November im Bürgerbräukeller dargelegt,

welche Streberel, Verräterel, Korruption in der völkischen Bewegung herrsche.

Die Bayerische Volkspartei hat während der Wahl eine Broschüre herausgegeben, die sich gleichfalls mit der Korruption im völkischen Lager befaßt. In einer Broschüre der Bayerischen Volkspartei von Dr. August Gustav Feder finde ich die Behauptung, daß Adolf Hitler in Betragesgaben an Setzgelagen teilgenommen und Anschlag bei schönen Frauen gesucht hat. (Große Heiterkeit.) In dieser Broschüre wird auch der Brief eines hervorragenden Nationalsozialisten an Ludendorff veröffentlicht, in dem es heißt: „Ich bitte Eure Erzellenz dringend, nicht jedem dummen Jungen eine Vollmacht zu geben; es gibt da allerdings zwei zweifelhafte Elemente, die sich deutschvölkisch gebärden und sich dabei auf ein Schreiben Eurer Erzellenz berufen.“ (Große Heiterkeit. — Andauernde Juraufe der Völkischen: Die Antwort kommt schon.) Ich glaube, Herr Henning wird genug zu tun haben, um das Material zu widerlegen, das ich vorgebracht habe. Ich weiß nicht, ob Dr. Luther großen Wert darauf legt, daß ihm gerade diese Partei nicht das Mißtrauen ausdrückt. (Sehr gut links.)

Der Abg. Scholz von der Deutschen Volkspartei hat gestern gesagt, dieses Kabinett sei keine Bürgerblockregierung. Ich bin bereit, mich mit Herrn Scholz darüber zu verständigen, denn die Demokraten stehen außerhalb dieser Verbindung, das Zentrum ist mit den Füßen drinnen, der Kopf guckt heraus und das Herz ist nicht dabei. (Stürmische Heiterkeit.) Ich glaube, es das Herz ist nicht dabei. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn nur das Zentrum nicht kalte Füße bekommt. (Erneute, lebhafteste Heiterkeit.) Ich glaube, es ist viel richtiger, wenn wir sagen,

dieses Kabinett ist eine Rechtsregierung. (Sehr wahr links.)

Das deutsche Volk wird vom ersten Tage wissen, daß

die Rechtsparteien verantwortlich sind dafür, daß diese Regierung gekommen ist und dafür, was diese Regierung tut.

Der Reichstag hat gestern gesagt, die Außenpolitik bis London ist gedeckt von der Sozialdemokratischen Partei, aber dann galt

es, die Folgen auf innenpolitischem Gebiet zu ziehen, d. h. in gemeinverständliches Deutsch übertragen.

Die Lastenverteilung soll lieber vorgenommen werden, ohne daß die Sozialdemokraten dabei sind.

Dazu wollte der Reichstag die Deutschnationalen in seiner Regierung haben. Dazu braucht er rechtsgerichtete Beamte, die in ihren Ruhestunden Übungen veranstalten, wie man bei seiner Meinung äußern kann, ohne dem Chef weh zu tun, der die Legation gegen die Republik nicht gern sieht. (Sehr gut links.) Aber es scheint, daß diese seminaristischen Übungen (Große Heiterkeit) auch im Kabinett vorgenommen wurden, denn sonst wäre es unverständlich, wie der Reichstag gestern zum Schluß den einmütigen Kabinettsbeschlüssen vorbringen konnte, daß die Staatsform nicht geändert werden soll. (Lebhafteste Heiterkeit.) Erlauben Sie mir die Frage,

in welchen Zwischenräumen dieser Beschluß wiederholt werden soll.

Vielleicht kommt in den nächsten vierzehn Tagen oder vier Wochen wieder eine Anregung dazu aus dem Schoß des Kabinetts oder seiner Mehrheit. Schon, daß dieser Beschluß gefaßt werden konnte, zeigt, daß die Republikaner gegenüber dieser Regierung zur höchsten Wachsamkeit verpflichtet sind. Die höchste Wachsamkeit ist aber tiefes Mißtrauen, und das sprechen wir auch aus. Besonders auch darum, weil uns die innenpolitischen Erklärungen des Reichstags in keiner Weise befriedigt haben. Graf Westarp hat die Frage aufgeworfen, ob wir das Recht haben, im Namen der deutschen Arbeiter zu sprechen. Nun, wenn die von Graf Westarp geforderte tatkräftige Agrarpolitik, d. h. die Lebensmittelzölle, kommen, dann werden Sie sehen, ob wir im Namen der deutschen Arbeiter sprechen können. Wenn

der Meterzoll abgebaut werden soll, der sogar im siegreichen England nicht beseitigt ist,

dann werden Sie sehen, ob wir im Namen der deutschen Arbeiter sprechen können, und Sie werden es auch sehen, wenn die Rationierung des Washingtoner Abkommens zu beschließen ist, die der Arbeitsminister Brauns mit den Arbeitsministern von Belgien, Frankreich und England schon vereinbart hat. Wir sind Opposition, aber wir werden, wie wir schon, seinerzeit gegenüber dem Kabinett Fehrenbach erklärten, nicht vergessen, was wir auch als Opposition dem republikanischen Staat schuldig sind, an dessen Entstehen und Aufbau wir so tatkräftig mitgearbeitet haben (höhnische Juraufe äußerst rechts und von den Kommunisten.) Wir bekämpfen diese Regierung, von der wir nicht überzeugt sind, daß sie die innere Bereitwilligkeit hat, nach innen demokratisch und republikanisch zu regieren und nach außen Verständigungspolitik zu treiben. Darin liegt auch unser Gegensatz zum Zentrum, mit dem wir so lange gearbeitet haben. (Inhaltliches Geschrei der Kommunisten.) Die Erklärung des Zentrums, die Herr Fehrenbach verlesen hat, bestand aus 5 Prozent Vertrauen, 45 Prozent Mißtrauen und 50 Prozent Wasser. (Heiterkeit.) Wir wollen nicht wie das Zentrum der Regierung Gelegenheit geben, mit der Arbeit zu beginnen, sondern wir zeigen, daß

wie das stärkste Mißtrauen haben, daß wir den Trennungsschritt zwischen uns und dieser Regierung ziehen.

(Lebhaftester Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Behrens (Dnt.)

verteidigt zunächst den Hof- und Domprediger Böhring, der in seinen Predigten keine Parteipolitik treibe, der aber als Geistlicher das Recht habe, Schäden im Volksleben zu heilen. Der Regierungserklärung händen die Sozialdemokraten ziemlich ratios gegenüber. Auch die eben gehörte Rede Hermann Müllers sei keine großzügige Oppositionsrede gewesen.

Die Mehrheit der deutschen Arbeitnehmer steht hinter den jetzigen Regierungsparteien. Abg. Behrens spricht dann über die Korruptionsaffären.

Als nächster Redner steht auf der Rednerliste der Abg. v. Raabitz (D. Sp.), ihm folgt ein Kommunist und dann der völkische Graf Reventlow. Das Zentrum hat bis jetzt einen Rednerplatz in der zweiten Garnitur nicht belegt. Er scheint, daß kein Zentrumredner mehr in dieser Debatte sprechen wird. Übrigens war als zweiter Zentrumredner heute gesprächsweise nicht Dr. Witth, sondern Raas genannt worden.

Arbeitspflicht in der Türkei. Die Nationalversammlung in Ankara hat bestimmt, daß alle männlichen Türken zwischen 18 und 60 Jahren in jedem Jahre 6 bis 12 Tage bei Straßenbauarbeiten mitzuhelfen haben.

## Fahrt im Nebel.

Von Franz Lepinski.

### I.

Die Welt ist grau . . . die Welt ist stumm.  
Alle Farben sind ertrunken und alle Geräusche erstickt.  
Hinter den letzten Häusern verliert sich die Landstraße im Nebel.  
Sie reicht nur einen Steinwurf vorwärts und einen zurück, wie eine kurze Brücke, zwischen den Ufern des Unergründlichen gespannt. Und sie hat doch keinen Anfang und kein Ende.

Bäume lauschen einher mit gepfeiften Ästen. Bäche reden die Zweige wie wehlagende Hände.

Von der Silhouette eines Bauernhofes löst sich ein Gefährt — mahlt durch den Nebel. Aigern und Peitschenknall . . . dann hat es die Flut verschluckt. Der Hof gleit seine Einsamkeit dichter um sich — liegt wie ein Roman, der nicht geschrieben sein will.

### II.

Ein Dorf wird aus Nebelzügen herausgespült:  
Um die Kirche, aus Feldsteinen gefügt, baden Gräber wie Krähen herum. Der Turm steht wie ein verkrüppelter Finger — einer, der nicht mehr daran glauben will, daß er den Weg zur Seligkeit weise.

Daneben Hütten, freudlos und blind.  
Ein Barockschloßchen kriecht hinter Torgittern und Lagas. Seine Rundbogen und Säulenreihen sind unter einem anderen Himmel erdacht. Und seine Kuppelwölbung sehnt sich nach sonnigeren Fluren.

Wir ziehen die Landstraße weiter und tragen in Gedanken zusammen, was wir aus jenem seltsamen Lande wissen — dem Lande mit dem blauerem Himmel und den sonnigeren Fluren.

Der Nebel wird dichter. Weich wie Watte liegt er über der Welt.

### III.

Eine Stadt taucht heraus, in erste Dämmerung gewickelt. Beer sind die Straßen.

An einer Ecke siedert ein Anna wie eine Wunde — grellgelbes Licht und rote Plakate — einem aufbrechenden Furunkel gleich. Schatten umkreisen es, die wie Schmeißfliegen an der Stelle laden. Gegenüber ein Langlokal. Wenn aus der geöffneten Tür ein Lichtstrahl über die Straße springt, steigt ihm ein Knäuel Geräusche nach. Vachen vergurgelt in Klaviergedäch. Auf den Fenstergardinen drehen Paare vorbei.

Am oberen Ende gehts zur Stadt hinaus — durch ein altes Tor mit müdem Boden, von den Ratten der Zeit befreit. Es scheint, als wolle er unter der Last von Dämmerung und Nebel jammerbrechen.

### IV.

Man weiß nicht, wo der Tag aufhört und der Abend anfängt — wo der Abend endet und die Nacht beginnt.

Die Landstraße fährt in die Unendlichkeit . . . Nach Stunden blinken erste Lichtfunken. Ihr Schein gleit Wonne ins Herz. Wenn der Fuß auf dem Pflaster klirrt, ists wie Erdbeben.

Der Blick lehnt nach Hesse wie ein Durstender. Hier schweift er über einen einsam beleuchteten Tisch, schwebt dort über einem dampfenden Wahl oder hängt an einem Paar Hände, die liebend ein Buch umklammern.

Die Nacht ist kalt, die Nacht ist stumm. . .  
Wie weit nur der Bahnhof ist.

## Der Schöpfer der Elektrodynamik.

Das Wort „Ampère“ als Masseneinheit elektrischer Stromstärke ist jedem Fachmann geläufig. Weniger bekannt dürften die Lebensschicksale des Mannes sein, dem zu Ehren im Jahre 1881 der internationale Elektrikerkongress in Paris diese Bezeichnung geschaffen hat.

André Marie Ampère wurde am 22. Januar 1775 bei Lyon als Sohn eines ehemaligen Geschäftsmannes geboren, der im Jahre 1793 die Verteidigung seines Heimatsortes gegen die Truppen des Revolutionsheeres leitete. Am 24. November büßte er dies auf der Guillotine. Vor seinem Tode richtete er an seine Frau einen Abschiedsbrief, in dem er über André Marie die prophetischen Worte ausspricht: „Was meinen Sohn angeht, so gibt es nichts, das ich nicht von ihm erwarten dürfte.“ In der Tat hatte dieser bereits in ungewöhnlich jungen Jahren ein hervorragendes Interesse für Mathematik, Literatur und Philosophie gezeigt und auf allen diesen Gebieten frühe Erfolge aufzuweisen. Das furchtbare Schicksal seines Vaters veranlaßte ihn überaus empfindsamem Dünkel in tiefe Melancholie. Erst nach Jahren trat eine Besserung ein; auf einem Ausflug traf er am 10. April 1796 Julie Carron, die die große Leidenschaft seines Lebens wurde. Aber er war arm, auf die geringen Einkünfte aus mathematischen Preisarbeiten angewiesen, und erst am 6. August 1799 konnte er Julie heimführen. Ein Jahr höchsten Glückes folgte. Da wurde Ampère als Professor der Chemie und Physik an die Zentralanstalt des Departements berufen und von der geliebten Gattin getrennt. 1804 wieder nach Lyon versetzt, traf ihn der furchtbare Schlag: Julie starb am 13. Juli an der Schwindelkrankheit. Die melancholische Reizung seines Lebens trat von da ab verhängnisvoll hervor. Freudlos lebte der unglückliche Mann dahin, nur in philosophischen Disputationen eine Unterhaltung findend. An früheren Ehren fehlte es ihm nicht. Europäische Berühmtheit gewann der Gelehrte durch seine 1820 auf Grundlageder Forschungen Dehrsteds gemachte Entdeckung des Gesetzes der elektromagnetischen Anziehung. Durch seine Studien über die gegenseitige Beeinflussung zweier Ströme nach Richtung und Intensität wurde er der Schöpfer der Elektrodynamik. Am 10. Mai 1836 starb er auf einer Inspektionsreise.

Friedensschluß unter den Kopflägern. Ein merkwürdiger Friedensschluß hat vor einigen Wochen zwischen den verschiedenen Stämmen der Dajaks von Holländisch- und Britisch-Borneo stattgefunden. Diese berüchtigten Kopfläger lagen seit Jahren in grimmigster Blutschuld miteinander, bis es den Bemühungen der

holländischen und britischen Behörden gelang, die sich befindenden Stämme zu versöhnen. 420 Dajaks, die den verschiedenen an den Küsten von Borneo lebenden Stämmen angehörten, vereinigten sich zu Kapit auf britischem Gebiet und veranstalteten hier in Anwesenheit der holländischen und englischen Regierungsvertreter sowie des Rajah von Sarawak einen feierlichen Friedensschluß. Zunächst gaben sie, wie in der „Samarat Gazette“ geschildert wird, am Vorabend des eigentlichen Festtages eine Vorstellung von ihren wilden Kriegstänzen. Bei dem eigentlichen Friedensschluß am nächsten Tage wurde ein Schwein geschlachtet und dessen Blut über die sämtlichen anwesenden Dajaks gesprengt, während ein alter Krieger ein Gebet sprach. Dann trat einer der Hauptlinge vor und legte den Eid ab, daß eine übermenschliche Rache jeden treffen solle, der versuchen würde, die alte Feindschaft unter den Stämmen zu erneuern. Nach dieser Behauptung folgten verschiedene andere Bräuche. Zum Schluß wurde wieder ein Schwein geschlachtet mit den Worten: „Möge jeder, der den Streit wieder anfängt, in so elender Weise zu Grunde gehen wie dieses Schwein.“ Zum Schluß hielt der Rajah eine Ansprache an die Dajaks in ihrer eigenen Sprache und erläuterte ihnen die große Bedeutung dieses Friedensschlusses für das künftige Wohlergehen ihrer Stämme.

Stapelkauf eines Negerschiffes. Die amerikanische Vereinigung der Schwarzen, die ein großes Negereich in Afrika schaffen will, hatte kürzlich einen großen Tag. In New York fand in Gegenwart einer gemischten Menge farbiger der Stapelkauf des ersten „Negerschiffes“ statt. Das fertiggestellte, 3800 Registertonnen schwere Schiff, das dabei seinem Element übergeben wurde, ist die erste Einheit einer „Flotte der Schwarzen“. Es wurde auf Kosten der „Negro improvement Association“ erbaut. Der Vorsitzende dieses Verbandes ist der Neger Marcus Garvey, von dem in letzter Zeit in den Vereinigten Staaten ausgiebig die Rede war. Er tritt in Wort und Schrift energisch für die Rückwanderung der in Amerika befindlichen Schwarzen nach ihrem Heimatland Afrika ein, wo sie sich zu einem eigenen Negereich zusammenzuschließen sollen. Man kann sich denken, daß dieser Stapelkauf als verheißungsvolles Zeichen von dem an der Feier teilnehmenden Neger mit Jubel begrüßt wurde.

Das Berliner Sinfonie-Orchester wird den 66jährigen Paul Krügel durch die Aufführung einer Komposition im kommenden Sonntag-Konzert im Wälder-Saal ehren.

Baron Otto Grautoff. Sonnabend, den 24. April im Gürtsaal des Kunstvereins wurde der zweite von der Vollblutparasitäre Weltbildungsvertrag Dr. Otto Grautoff über (sanskritische) Palast hielt. Er beginnt ganz pünktlich 7 1/2 Uhr.

Die Wiener Philharmoniker werden im Juni eine neue Tournee durch das Deutsche Reich unternehmen. Der Vertragsschluß lautet auf 40 Konzerte. Als Dirigent für die meisten Konzerte wurde Bruno Walter verpflichtet.

Amerika und die Sonnenflecken. Sämtliche Vorbereitungen zur Beobachtung der Sonnenflecken am 24. Januar sind getroffen. In New York und verschiedenen anderen Städten sind alle Details schon bereits überliefert. Auch moderne Flugzeuge sind herbeigeführt. Am 3. April wird mit den vorzuarbeitenden Wissenschaftlern aufbrechen. Die Astronomische Gesellschaft wird, besonders durch ein Telegramm, zu achten.

## Warum so schweigsam?

Auch die Mannesmänner nahmen Kredit — die Standa-  
presse aber schweigt!

Die „Bosliche Zeitung“ erhält aus eingeweihten Kreisen eine Zuschrift, die nach mehr als einer Richtung von Interesse ist. Es heißt darin:

Der Hauptvorwurf, der dem Minister Hoeffle gemacht wird, besteht darin, daß er die Barmat-Kredite direkt, ohne das Giro einer der vorgeschriebenen Banken, gegeben habe, obwohl eine Solldorschrift bestand, die dieses forderte, und die außerdem verlangte, daß der zuständige Referent dabei gehört werde. Das ist ohne Zweifel inoffiziell.

Aber, so muß man fragen, ist ein Verfahren, bei dem ein Referent im Postministerium ohne das Giro einer Bank Millionenkredite vergibt, einwandfrei? Die Standa-  
emissionspresse durfte sich unmöglich einen solchen Fall entgehen lassen, der sicherlich wesentlich schärfer zu beurteilen ist als das, was man dem Minister zum Vorwurf macht, denn dieser war immerhin nach der Verfassung zu einem selbständigen Vorgehen berechtigt.

Ist es ein Zufall, daß dieses berechtigte Schweigen beobachtet wurde bei Krediten, die an eine Unternehmung der Schwerindustrie gegeben wurden, nämlich an die Mannesmann-Industrie- und Handels-A.G., die auf diesem ungewöhnlichen Wege 7,5 Millionen erhielt? Der Vorgang spielte sich, wie in eingeweihten Kreisen berichtet wird, folgendermaßen ab:

Im April wurde die bekannte Solldorschrift, die die direkte Kreditgewährung verbietet, erlassen. Im März, also einen Monat davor, gab die Post an die den Mannesmann zum großen Teil gehörende Depositen- und Handelsbank aus ihren Geldern 5 Millionen. In dem zwischen Alfred Mannesmann und der Depositen- und Handelsbank geschlossenen Vertrag bedang sich Mannesmann aus, daß er von den 5 Millionen eine Million für seine Deutsche Auslandsbank bekomme, die laut ihren Statuten ein

### ausgesprochen völkisches Unternehmen

war. Beide Banken haben sich nicht behaupten können. Die Depositen- und Handelsbank konnte die 5 Millionen, die ihr auf drei Monate geliehen waren, am Fälligkeitstermin nicht zurückzahlen. Daraufhin übernahm die Mannesmann-Industrie- und Handels-A.G. die Forderungen der Post an die Bank. Sie zahlte der Post jedoch dafür nicht etwa die 5 Millionen zurück, sondern erhielt sie auf fünf Jahre geliehen ohne Bankzins und, obwohl zwischen der Solldorschrift erlassen war, ohne Mitwirkung des Ministers, der, wie es heißt, erst nachträglich seine Genehmigung dazu geben konnte. Darüber hinaus wurden ihr jedoch außerdem und ebenfalls ohne das Giro irgendeiner Bank noch 2 1/2 Millionen dazu gegeben. Dieser Kredit wurde unter besonders günstigen Umständen gewährt. Die Zinsen sollen sich 6 v. H. unter dem damaligen Tagesfuß gehalten haben, und außerdem soll eine Klausel vorhanden sein, wonach der Zinsfuß jeweils 2 v. H. unter Reichsbankdiskont bleibt.

Wenn die Meldung zutrifft, müßte man fragen, welcher Fall denn eigentlich der schlimmere ist; ob der Barmat-Fall oder dieser Fall Mannesmann!

## Wo sind die Siebentausend?

Eine Frage an die SPD.

Allgemeines Ur-  
euen hat es erregt, daß im Rechtsausschuß des Preussischen Landtags der Vertreter des Justizministeriums auf eine sozialdemokratische Anfrage, wie mir bereits mitteilten, die Erklärung gab, daß sich in Preußen nicht siebentausend kommunistische politische Gefangene, sondern nach den vorliegenden Berichten der Strafanstaltsbezirke höchstens fünfshundert kommunistische politische Gefangene befinden. Selbst wenn man hierbei berücksichtigt, daß zwei Bezirke noch nicht berichtet hatten, so ist doch eine wesentliche Erhöhung dieser Zahl ausgeschlossen. Da Preußen etwa zwei Drittel des Reiches umfaßt, so läßt sich auch nicht annehmen, daß die übrigen kleinen Bundesstaaten zusammen 600 kommunistische politische Strafgefangene, also dreizehnmal soviel wie Preußen, hätten.

Aufklärungswelle hat die „rote Fahne“, die sonst so schnell mit Erklärungen bei der Hand ist, zu dieser Angelegenheit bis heute völlig geschwiegen. Es bleibt also die Frage bestehen: Wie kommen die Kommunisten zu der Zahl von 7000 politischen Gefangenen, mit der sie seit einem halben Jahr so ungeheure Propaganda treiben?

Es bestehen nur zwei Möglichkeiten: Entweder haben die Kommunisten ganz ungenügend geschwindelt und die Zahl der politischen Gefangenen willkürlich mit zehn multipliziert. Oder aber sie haben über das, was politische Gefangene sind, ganz andere Begriffe als die übrige Welt. Hier gibt vielleicht der Amnestieantrag, den die Kommunisten im Preussischen Landtag gestellt haben, einen Fingerzeig. Nach diesem Antrag sollen nämlich auch alle die Personen amnestiert werden, die gemeine Verbrechen — und zwar gleichgültig welcher Art und Schwere — als auch Diebstahl, Raub, Erpressung, Mord usw. begangen haben, völlig amnestiert werden, wenn sie diese Verbrechen zur Zeit der Inflation oder als Arbeitslose begangen haben, „um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern“.

Danach würde es allerdings kaum einen einzigen Eindringler, Gewohnheitsdieb, Raubmörder geben, der sich nicht diese Amnestie zunutze machen könnte. Offenbar haben aber die Kommunisten auch eine Anzahl tausend Menschen dieser Kategorie zu den „politischen“ Gefangenen gezählt, um die Zahl von Siebentausend zu erreichen.

## Ein Landbündelführer als Milchfälscher.

Aus Fürstentum wird uns geschrieben:  
Bei Untersuchungen, die auf Veranlassung der Polizei vorgenommen wurden, stellte es sich heraus, daß die von dem Landwirt Otto Korn, dem Vorsitzenden der hiesigen Landbündelgruppe, aufgefälschte „Milch“ einen Wasserzusatz von 47 (1) Prozent hatte. In der Stadt herrscht große Empörung über diesen beispiellos gemeinen Betrug.

Korn galt bisher allgemein als Biedermann und schwarzweißer Patriot. Das zeigte sich noch kürzlich, als er eine Landbündelfahne weihen und dabei den Forsten Schwarz-Weiß-Rot die Treue bis in den Tod gelobte. Man wußte freilich auch von ihm, daß er zahlungsfähigen Deuten der Hergabe von Lebensmitteln gut durch die Ernährungsämter durch Kriegs- und Nachkriegszeit zu helfen wußte.

Der Hauptausfluß des Deutschen Städtetages tritt am 6. und 7. Februar in Berlin zu einer Tagung zusammen. Er wird sich mit dem bevorstehenden neuen Finanzausgleich wie mit der Wohnungsfrage beschäftigen. Als Referent für den Finanzausgleich ist der Geschäftsführer des Städtetages Oberbürgermeister Rißhoff borgelesen.

## Sechstage-Arbeit.

Die Sechstagefahrer haben die sechs Tage Fahrt hinter sich. Man kann verstehen, daß sie sich um Mitternacht, als das Rennen sein Ende erreicht hatte, nicht gerade quälend fühlten; sie wußten schließlich, was sie geleistet hatten. Sie wußten am Schluß — d. h. jedes Fahrerpaar wußte am Schluß —, daß es etwa 144 Stunden ununterbrochen auf dem Rade gefahren und getreten hatte. Getreten, um auf dem endlosen Band, Runde auf, Runde ab, einige tausend Kilometer zurückzulegen. Über diese Kilometer fuhren nicht in die Weite, sie stellten nicht das nützliche Produkt einer mit Befriedigung zur Raumüberwindung geleisteten Arbeit dar, diese Kilometer, gewonnen unter Schweiß, ungeheurer Anstrengung mit einem Höchstmaß von Ausdauer, waren unsichtbar auf das Oval der Bahn gerollt. Es waren nutzlose Kilometer, es waren zwecklos vergeudete Kräfte. Zwecklos? Die bewilligten Deute vom Bau zuden die Köpfe, es wird ihnen nicht eingerechnet sein, daß eine Tätigkeit zwecklos ist, die täglich zehntausende zum Zuschauen versammelt und ihre Kräfte in Bewegung bringt. Das nicht. Aber zwecklos ist es, wenn nur durch das Betrachten einer östlich zwecklosen Tätigkeit der Umlauf des Geldes gefördert wird. Jede andere künstlerische oder künstlerische Leistung, vermittelt den Sinnen einen (körperlichen Reiz, einen Genuß.) Und diese zweite erstere Seite des Ganzen zwingt zu einem Vorstoß.

Warum eine sinnlose Tätigkeit, eine schweißfördernde Schwerarbeit, die nichts zustande bringt, wenn durch die gleiche Muskelarbeit ein Werk geleistet werden kann? Ein Werk, das in sichtbarer Arbeit von Minute zu Minute wächst und nach dem sechsten Tag vollendet dasieht. Wie wäre es z. B. mit einem Sechstage-Holzstagen, mit einem Sechstage-Hausbau, mit einem Sechstage-Webtweben? Wieviel hundert Raummeter Holz könnten in dieser Zeit von so kräftigen und gut trainierten Deuten zerlegt und bearbeitet werden? Tag und Nacht mit Abführung und Massage, genau wie beim Rennen, mit Prämien und hohen Preisen. Welch ein sabelhaftes Haus könnte entstehen in sechs Tagen und Nächten bei dieser Arbeit im Wettstreit. Wieviel hundert oder tausend laufende Meter Seilwand könnten die tapferen nimmermüden Paare in dieser Zeit erzeugen. Wäre so etwas nicht auch des Zuschauens eines begeisterten Publikums wert, das sich im sichtbaren Fortschreiten der sichtbaren Arbeit sportlich erregt? Das ganze mondäne Berlin, alle schönen und schön gemalten Frauen könnten in Logen dabei Sekt trinken und die Paare durch Prämien über Prämien anfeuern.

Und was dabei herauskommt? Nun, vielleicht ein zehn Meter hoher Berg von gefügtem Holz, ein Hochhaus mit sechs Stockwerken und 250 000 Meter Seilwand gegen — 4002,410 zurückgelegte, aber nicht vorhandene im Kreis gefahrene Kilometer.

Das ist natürlich nur ein Vorschlag, den niemand ernst nehmen soll.

## Die alten Aufgebotsformulare.

Versehenliche Verwendung in einem Einzelfalle.

In einer Zeitung wurde vor einiger Zeit ein standesamtliches Aufgebot zur Sprache gebracht, in dem sich die Formulierung fand, daß die Braut X, Tochter der damals ledigen Y, jetzt verheiratet mit Z, die Ehe eingegangen gewillt sei mit A. Im Anschluß daran wurde auf das schärfste gerügt, daß die uneheliche Geburt der Braut und die uneheliche Mutterchaft einer jetzt verheirateten Frau in einer durchaus unzulässigen Weise dadurch ans Licht gezogen und beiden öffentlich den Makel angehängt wurde. Der sozialdemokratische Abgeordnete Gen. Grzelinski hatte diesen Fall zum Gegenstand einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtage gemacht und das Staatsministerium gefragt, ob ihm dieser Vorgang bekannt und ob es bereit sei, ganz ohne Rücksicht auf diesen Einzelfall durch entsprechende Anweisungen an die Behörden Vorkehrungen zu treffen, daß dem Antrag solcher Formulierung standesamtlicher Aufgebote gesteuert werde. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beantwortete der Minister des Innern die Anfrage wie folgt: „Schon durch das Reichsgesetz vom 11. Juni 1920 über den Personenstand ist sowohl für das Heirats- und das Sterberegister wie für das Aufgebot die Angabe der Eltern verfallen worden, damit die einmalige uneheliche Geburt der Erbfolgerungen oder des Verstorbenen nicht erkennbar würde. Dementsprechend enthalten die reichsrechtlich vorgeschriebenen, dem Standesämtern vom Staat gelieferten Vordrucke für das Heiratsregister, das Sterberegister und das Aufgebot keinen Platz mehr für die Angabe der Eltern.“

Sollte ein Standesamt noch jetzt in einem einzelnen Falle, was dem Staatsministerium nicht bekannt ist, ein Aufgebotsformular der bis 1920 gültigen gemessenen Art verwenden und darin der Vorchrift zumider die Eltern der Bestohlenen angegeben haben, so kann darin nur das Versehen eines einzelnen Beamten vermutet werden. Die Standesbeamten sind über die nun schon fast 5 Jahre zurückliegende Gesetzesänderung ununterrichtet und mit den neuen Vordrucken versehen. Vorläufig liegt zu einem allgemeinen Hinweis auf das allen Beteiligten bekannte Gesetz kein genügender Anlaß vor.“

## Steuerrecht und Völkerbund.

In der Siemens-Realschule in Charlottenburg sprach in einer gutbesuchten Kreismitgliederversammlung Genosse Heinrich Ströbel besonders über das Unrecht des jetzigen Steuerrechts. Der Völkerbund hat pro Jahr 1170 Millionen, die große Masse der Bevölkerung zahl 3340 Millionen, das verelendete Volk ist mit Steuern ungenügender belastet, viel stärker als in England und anderen Ländern. Unsere Partei hat die Pflicht, hier energische Arbeit zu leisten. Die Regierung Luther hat ja alles mögliche versprochen. Genosse Ströbel kommt auf die Finanzpläne zu sprechen. Die Angelegenheit der Reichsreform ist verpufft. Die Partei steht nach den Untersuchungen des Parteivorstandes und der Fraktion schuldlos da. Zu dem Thema „Deutschland und der Völkerbund“ führte Genosse Ströbel aus: Die Regierungen Deutschlands weigern sich, dem Bund beizutreten und geben den Ministern den Vorwand, zu behaupten, daß in Deutschland Angriffspläne beständen. Die Regierung Luther-Sirelemaun wird den Konflikt nur verschärfen. Wir müssen den Völkerbund hinein, das sonst ein neuer Krieg kommt. Der Sozialdemokrat geht es dann wieder so wie 1914. — Die Massen werden wieder in den „Verteidigungskrieg“ getrieben. — Die Sozialdemokratie muß in Opposition und wieder ihre Ketten stärken. — Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten.

## Deutschnationale Ueberzeugungstreue.

Bei Beginn der gestrigen Bezirksversammlung in Charlottenburg gab der Bezirksvorordnete Herzog, wie es sich für einen Deutschnationalen ziemt, einen Beweis von Mut und Ueberzeugungstreue. In der Versammlung vom 7. Januar hat er die Reichsflaggen in ungehöriger Weise beschimpft. Gestern gab er die Erklärung ab, eine Verhöhnung der Reichsflaggen habe nicht in seiner Pflicht gelegen. Herzogso Fraktionsgenosse, der Vorsteher Deitelen, erklärte ebenso wagemutig, wenn er in der vorigen Sitzung die Auffassung gewonnen hätte, daß die Verhöhnung der Reichsflaggen eine Verleumdung der Reichsflaggen darstellte, so würde er den Redner energisch zur Ordnung gerufen haben. Vor sozial Mannesmut zum Schutze der Reichsflaggen steht der gewöhnliche Republikaner erschüttert da. Wie wir hören, hat die republikanische Schwärmerstelle unter Berufung auf einen Entscheid des Oberverwaltungsgerichts beim Bezirksamt beantragt, gegen den Stadtsinspektor Herzog ein Verfahren zu eröffnen. — Von Beschlüssen, die die Versammlung sah, sind zu erwähnen: Der Charlottenburger Schloßgarten mit seinem herrlichen alten Baumbestand soll als Freizeitanlage zur Benutzung

für die Bevölkerung erhalten bleiben. Die Vorlage fand einstimmige Annahme. — Für den Erweiterungsbau der Ballschule anstatt in der Krummstraße wurden vom Magistrat 1730 000 Mark gefordert. In dem Vorentwurf sind alle Wünsche der Sportvereine und des Ausschusses für Leibesübungen berücksichtigt worden. Der Fluchtlinienplan für Nordwestend fand ebenfalls Annahme. Dieses Gelände gehört der Terrain-Aktion gesellschaft Westend. Jetzt sind 90 Proz. der Aktien in dem Besitz der Stadt. Die Bebauung des Geländes ist der Wohnungsfürsorge G. m. b. H. übertragen worden und dadurch erreicht, daß in der Hauptsache kleine Wohnungen dort entstehen. Die tausend Kleingärtner, welche jetzt das Gelände bearbeiten, sollen nach und nach — je nach dem Fortschreiten der Bautätigkeit — die Flächen räumen und auf in der Nähe gelegenes Gelände überstellen, welches dauernd für Kleingartenbau angewiesen ist. — Dem Bau einer Verbindungsstraße für die Stadtbahnhöfe 300 und Tiergarten wurde zugestimmt; die auf Charlottenburg entfallenden Kosten betragen 320 000 M.

## Eine gestörte „Geburtstagsfeier“.

Eine nächtliche Schlemmerstunde wurde in der vergangenen Nacht in dem Hause Putzamerstr. 2 ausgehoben. Ein gewisser Kohnke hatte im 2. Stock des Hauses von einer Frau mehrere Zimmer gemietet unter dem üblichen Vorwande, daß er dort eine Geburtstagsfeier veranstalten wolle. Die Kriminalpolizei erfuhr von diesen Veranstaltungen. Um 2 1/2 Uhr nachts verschafften sich die Beamten Eintritt in das Haus und überraschten bei Kohnke etwa 20 Personen bei ihrer Schlemmerstunde. Zur Feststellung ihrer Persönlichkeiten sollten alle nach der nahen Revierwache in der Wilhelmstraße gebracht werden. In der ziemlich dunklen Putzamer Straße versuchten aber einige zu entfliehen. Als sie auf wiederholten Anruf nicht stehen blieben, gab ein Beamter zwei Warnungsschüsse ab. Ein Mann jedoch, der Kellner Richard Just aus der Tiefstr. 14, lief auch jetzt noch weiter. Runmehr schon ein Beamter hinter ihm her und traf ihn in den Unterschenkel. Auf die Schüsse hin öffneten sich bald mehrere Türen und eine zweifelhaft Gesellschaft nahm gegen die Beamten Stellung. Die Sissleren wurden jedoch zur Wache, der verletzte Kellner in die Charité gebracht.

## Künstlerkonzert der Stadt Berlin.

Die Kunstdeputation der Stadt Berlin veranstaltet bekanntlich in diesem Winter mehrere klassische Konzerte, deren zweites gestern in dem schönen Festsaal des Rathauses unter außerordentlich großer Beteiligung stattfand. Das künstlerisch vollendete Programm wurde in der Hauptsache von dem Demant-Quartett bestritten, das ein Streichquartett von Paul Kiehl und ein Streichquintett von Heinz Tielch Klonghön zur Darstellung brachte. Cornelius Brangest, der die „Nieder der Nacht“ von Paul Ertel bringen sollte, war leider erkrankt. Konzertmeister Wilhelm Guttman, der diese eigenartigen, von Paul Schramm orientierten Tollerischen Gedichte aus dem „Schwalbenbuch“ sang, war für Brangest eingespungen und sang auch unter Begleitung des Komponisten am Flügel die einschmeichelnden weichen Melodien von Paul Ertel. Alles das war sehr schön, und der Beifall war mit Recht groß. Nur eine Frage an den Leiter der Kunstdeputation: Ist es Zufall oder Absicht, daß man für den Kritiker des „Vorwärts“ einen Platz ausgewählt hatte in der letzten Reihe des Saales und hinter einer der tiefen Säulen, die die Decke stützen?

Die sozialhygienische Ausstellung in Treptow. Das Gesundheitsamt Treptow schickt uns auf unsere Ausführenden „Sozialhygienische Ausstellung“ folgende Erwiderung: Es entspricht nicht den Tatsachen, daß, wenn die Schulkinder kommen, die Ausstellungsgelände, die sich auf die schwangere Frau beziehen, verdeckt werden; im Gegenteil alles, was sich auf Schwangerschaft und Geburt bezieht, wird gezeigt und erläutert, bis auf einen einzigen Wachsabdruck, der so häßlich ist, daß er die kindliche Ehrfurcht vor der schwangeren Frau zu vermindern geeignet ist, statt sie zu erhöhen. Technische Gründe haben dazu geführt, die Ausstellung über Geschlechtskrankheiten überhaupt nicht, auch den Erwachsenden nicht, zu zeigen, da sie fast nur aus abschreckend häßlichen Wachsabdrücken besteht. Die soziale Hygiene will aber nicht mehr durch Abschreckung wirken, sondern durch sachliche, dem Hörer die angepöbelte Aufklärung ersichtlich beeinflussen. In dieser Hinsicht bedarf die Ausstellung des roten Kreuzes, die im übrigen sehr Gutes enthält, einer prinzipiellen Revision.

Wie lang sind die Straßen Berlins? Von der Ausdehnung einer modernen Millionenstadt erhält man eine Vorstellung, wenn man sich ihre Straßen zu einer einzigen langen Straße aneinandergereiht denkt. Ein Schnellzug würde dann etwa zwei Tage und zwei Nächte brauchen, um an ihnen entlang zu fahren. Denn die Straßen Berlins, aneinandergereiht, machen eine Strecke aus, die die Entfernung Paris-Moskau noch um einige hundert Kilometer übertrifft. Sie sind zusammen 2500 Kilometer lang.

Berufsständliche Vorträge. Am Mahnen der vom Berufsamt Berlin, Westteil 1, d. R. veranstalteten berufsständlichen Vorträge finden am 22. Januar d. J. abends 7 Uhr, im Festsaal des Charlottenburger Rathauses Vorträge über „das Drogenverbrechen und die Holzindustrie“ statt, wobei die verschiedenen Berufe dieser Gewerbegebiete und deren Erfordernisse zur Erörterung gelangen werden. Der Eintritt zu den Vorträgen ist kostenfrei.

## Sport.

### Das Ergebnis der Sechstage.

Das 13. Sechstagerennen ist beendet. Ritt-Werts haben den Sieg davongetragen. Unerwartet. Man hoffte auf van Kempen-Sawaal und auf Grenda-Mac Beach. Nachdem aber die erste Mannschaft eine Strafrunde wegen schlechter Abführung zugesprochen erhielt, mußte diese Hoffnung verschwinden. Dann gab Sawaal auf! Der Holländer mimte den Erghamm und vereinigte sich am Mittwochnachmittag mit Goretzki. Eine gute Zusammenstellung! Aber insgesamt drei Runden Verlust. Da ließ sich schwer etwas machen. „Das Rätsel von Australien“, die Mannschaft Mac Beach-Grenda, brachte keine Hebertrafungen. Trotzdem mühen die Leistungen doppelt gewertet werden. Von Grenda-Mac Beach können selbst „alle Sechstagerennen“ Technik lernen. Ihre Abführungen waren wohl die korrektesten im ganzen Rennen. Ritt wollte auf jeden Fall gewinnen. Und es gelang! Huchte-Rohr, ebenfalls eine Hoffnung der „Sechstage“, vermodeten das Rennen nicht zu beenden. Warum? Sollte Richard wirklich nachlassen? Sein Partner Kohl hat bestimmt Ausdauer. Von den Italienern war unbedingt Goretzki der stärkere Mann. Rizzato hat „viel Laune“ und deshalb keine Ausdauer. Und nun zu Hahn-Liech, die den zweiten Platz belegten. Sie kamen zwar mit Ritt-Werts nicht mit, aber sie sind berechtigte Siegenwärter für die nächste Zeit. Egg-Krupka waren gut. Warum aber nur den vierten Platz? Auch Soldow-Lorenz brachten eine gewisse Enttäuschung. Sollte die alte Kraft vorbei sein? Von Steifbrint-Rohr konnte nicht viel erwartet werden. Arthur kämpfte oft sabelhaft, aber es langte nicht! Bracco-Riquel verfluchten zwar ihre Verlustrunde wieder weitzumachen. Doch konnte Riquel nicht mehr recht mit. Sollte Ranhey brachten zwar „Leben in die Tube“, aber auch hier langte es nicht für 144 Stunden. Endlich Bauer-Bowmanow: Eine falsche Zusammenstellung.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Nach beendeter Inventur-Ansicht veranstaltet das bekannte Schach-Café „Schach“, Münchstr. 25, mit seinen Billigen Reiberei vom 13. und 14. Januar abends 8 Uhr Wettkämpfe, diese sollen die Stadt-Berliner Bevölkerung auf die alten Billigen Angebote zu werben machen. Wie außerordentlich günstig, trotz beiderlei Bedrücktheit, man bei dieser Firma gute Gummis, Perlen und Silberstücke kaufen kann, beweist das heutige Inserat, auf das wir unsere Leser noch besonders hinweisen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Agitation der Zweischichten-Unternehmer.

Die Ill. bringt aus Düsseldorf folgende Meldung:  
Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hatte die Vertreter der Presse zu einem Rundgang durch die Maschinenfabrik Schlegel & Co. in Düsseldorf eingeladen, um dieser ein Bild von dem Werden und Entstehen in der Industrie zu geben. Der Vorsitzende wies auf die durch den Achtstundentag geschaffene Unrentabilität aller Industriezweige dieser Gruppe hin, dessen Aufhebung wieder die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Produktion auf dem Weltmarkt erhoffen ließ. Diese Aussicht sei durch die Verordnung des Reichsarbeitsministeriums über die Arbeitszeit in Kokerereien und Hochöfenwerken wieder zunichte gemacht worden. Diese Verordnung macht jetzt in diesen Betrieben einen fünffachen Schichtwechsel erforderlich.

Die Akrofolistitäten der Eisen- und Stahlgewaltigen darüber, daß die Hüttenarbeiter endlich des Schutzes des § 7 der Arbeitszeitverordnung teilhaftig werden sollen, rührten uns nicht. Beachtenswert aber ist die Tatsache, daß die Zweischichten-Unternehmer sich keineswegs mit der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums abgefunden haben, sondern die Zeit bis zum 1. April für ihre Zwecke zu nützen gedenken.

Nachdem die Kommission des Vorläufigen Reichswirtschaftsausschusses die Verhältnisse an Ort und Stelle eingehend geprüft hat, holen die Zwölfstundenmänner die Vertreter der von ihnen gekauften und der übrigen von ihnen wirtschaftlich abhängigen Zeitungen zusammen, um sie darüber zu instruieren, in welcher Weise sie den neuen Feldzug der Herren gegen die §-7-Schutzverordnung in der Presse führen, in „öffentlicher Meinung“ machen sollen, damit diese Verordnung noch vor ihrem Inkrafttreten wieder befeitigt wird.

Run, die Gewerkschaften stehen heute doch wieder anders da, als zu der Zeit, in der den Hüttenarbeitern das Zwölfstundentag noch aufgezwängt wurde. Sie müssen jedoch auf der Hut sein, alle Kräfte zusammenfassen, um dem Schindludertreiben der Herren von Stahl und Eisen wirksam zu begegnen.

## Die Aussperrung in der Chirurgiemechanik.

In den Betrieben der Berliner Chirurgiemechanik wird seit etwa einem Jahre tariflos gearbeitet. Obwohl wiederholt versucht wurde, eine angemessene tarifliche Bezahlung durchzusetzen, scheiterten die Versuche jedesmal an der Hartnäckigkeit und Einschüchternheit der Unternehmer. Im Oktober vorigen Jahres stellten in den Betrieben von Adam Schneider, Fennstraße, und im Medizinischen Warenhaus die dort Beschäftigten erneut Forderungen auf Erhöhung ihrer Löhne. Auch diese Einzelforderungen wurden von den Unternehmern abgelehnt. Im Auftrage der Gewerkschaften riefen die beteiligten Organisationen den Schlichtungsausschuß an. Unter dem Vorsitz des Herrn Rechtsanwalts Henkel wurde ein Spruch gefällt, der den berechtigten Forderungen der Arbeiter auch nicht im entferntesten entspricht. Ein nochmaliger Versuch, in direkten Verhandlungen mit den Unternehmern zu einem Ergebnis zu kommen, scheiterte an der Erklärung, bei der Aussichtlosigkeit jeder Lohnerrhöhung sei eine Zusammenkunft von vornherein zwecklos. Inzwischen war es in den beiden Betrieben zum Streik gekommen. Am Medizinischen Warenhaus gelang dann eine Verständigung, bei der Firma Adam Schneider ging der Streik weiter. Auf eine Ankündigung des Syndikus der Arbeitgeber Dr. Reich hin, daß der Arbeitgeberverband in kürzester Zeit mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen würde, wurde vom Metallarbeiterverband noch einmal der Versuch gemacht, Verhandlungen zustandzubringen. Auf dieses Schreiben ist bis zum heutigen Tage keine Antwort erfolgt. Vielmehr kam die Mitteilung, daß die Arbeitgeber den größten Teil der Betriebe mit dem streikenden Tage ausgesperrt haben.

Es ist immerhin interessant, daß die Arbeitgeber in der Chirurgiemechanik ihre Arbeiter jetzt streiklos auf die Straße setzen, während sie früher, als es ihnen in den Aram paßte, sich die Lebensnotwendigkeit ihrer Betriebe beschleunigen ließen.

Die Arbeiterschaft wird ersucht, die Betriebe der Berliner Chirurgiemechanik zu meiden.

## Kein Streik im Omnibusbetrieb.

Durch einen Schiedsspruch sollten die geltenden Löhne bei der Omnibusgesellschaft bis 31. Januar bestehen bleiben. Das Personal beschloß in einer Versammlung in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch mit 842 gegen 185 Stimmen, in den Streik einzutreten.

Auf Veranlassung des Schlichters wurden sofort neue Verhandlungen eingeleitet, die eine Lohnerrhöhung von 4 und 5 Pf. für das technische Personal und von 50 Pf. täglich für das Fahrpersonal versahen. Die Streikgefahr ist damit behoben, doch wird das Personal zu dem Ergebnis noch Stellung nehmen.

## Verhandlungen mit dem Herrn Amtsrat.

Samt Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Perlin, wird uns mitgeteilt: Am 20. Januar hatte unser Vertreter zusammen mit der Betriebsvertretung mit dem Herrn Amtsrat Tomczel bei der Reichshandelsverwaltung über einige strittige Fragen zu verhandeln. Herr Tomczel nahm von der Anwesenheit zweier Betriebsratsmitglieder und des Organisationsvertreters kaum Notiz. Als der Verbandsvertreter den ersten strittigen Punkt vortrug, hielt der Herr Amtsrat die günstige Gelegenheit gekommen,

an das Fenster seines Bureaus zu treten, um einmal gründlich den Hof zu besichtigen. Der Vertreter wartete nun nicht, bis der Herr Amtsrat damit fertig war, sondern sprach nun etwas lauter, damit es der Herr Amtsrat trotz des vergrößerten Zwischenraumes auch höre. Das half sofort, denn nun ließ der Herr Amtsrat sein Gesicht sehen. Nachdem er nun seine Meinung zu den Ausführungen des Organisationsvertreters geäußert hatte stellte dieser eine Frage, die der Herr Amtsrat falsch aufnahm, wodurch er in ziemlich Erregung geriet und schließlich erklärte, die genaueste Beachtung der Verfügungen käme nur in Frage. Als der Organisationsvertreter darauf hin den zweiten strittigen Punkt heranzog und darauf verwies, daß tarifvertragliche Bestimmungen bei der Behörde nicht beachtet werden, war es um die Ruhe des Herrn Amtsrat geschehen. Er erklärte kategorisch: „Ich verhandle mit Ihnen nicht mehr.“ Der Betriebsvertretung wurde von Herrn Amtsrat Tomczel empfohlen, nicht immer Gewerkschaftsvertreter bei den Verhandlungen mitzubringen. Bei dieser Behörde waren Gewerkschaftsvertreter, die zu sachlichen Verhandlungen kamen, noch nie gern gesehen. Die Folgen waren verschiedene Klagen vor dem Schlichtungsausschuß, bei denen die hohe Behörde immer den kürzeren zog. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr allzu fern, wo den Reichs- und Staatsarbeitern wieder die Möglichkeit gegeben wird, diese Instanzen einschließlich der Arbeitsgerichte zur Durchführung ihrer Streitigkeiten anzurufen, damit den Herrn Vertretern der Behörde dort der Standpunkt richtig klar gemacht werden kann, ohne daß die Gewerkschaftsvertreter sich eine derart ausgefuchste nichtachtende Behandlung bieten lassen müssen.

Die Reichs- und Staatsarbeiter aber mögen sich gefast sein lassen, daß ihre Organisation so gestärkt werden muß, daß auch der Dünkelhafteste vor ihr Respekt bekommt und ihren Vertretern nicht mehr die Türe weist.

## Ein dänisches Arbeiterhaus.

(Dän.) Die dänische Gewerkschaftszentrale und die sozial demokratische Partei haben beschlossen, ein eigenes Verwaltungsgebäude in Kopenhagen zu errichten. Die Grundsteinlegung wurde vorgenommen durch den Ministerpräsidenten Stanning, den Kopenhagener Oberpräsidenten Jenius und den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Modius. Stanning ursprünglich Fabrikarbeiter, gehört auch jetzt noch der Parteileitung an und ist auf gewerkschaftlichem Gebiet tätig. Jenius früher Ratgeber, war bis zu seiner Wahl als Finanzbürgermeister von Kopenhagen Vorsitzender der dänischen Gewerkschaftszentrale und ist immer noch Mitglied seiner Gewerkschaft. Er war auch bei der Gründung der Gewerkschaftsinternationale beteiligt.

## Konferenz der englischen Gewerkschaften.

(B. G. D.) Für den Monat März ist eine Konferenz des Generalrates des Britischen Gewerkschaftsbundes anberaumt worden, die u. a. das vom Jahreskongreß in Hull angenommene Minimalprogramm sowie die Zusammenstellung der zu besprechenden Punkte. Dieser Sitzung werden etwa 20 Exekutivkonferenzen folgen, welche die ihnen von der Hauptkonferenz überworfenen Fragen zu behandeln haben. Jeder dieser Konferenzen werden ein bis zwei Mitglieder des Generalrates beizumöhen, um die Stellungen dieser Instanz bekanntzugeben. Die Sitzungen werden jeweils am Sonnabend und Sonntag stattfinden. Gleichzeitig sollen Arbeiterdemonstrationen organisiert werden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Viktor Göttemann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: A. A. Böhm; Politik und Sonstiges: Felix Korf; Anzeigen: Ed. Glöde. Amtlich in Berlin: Verlag: Gerdards-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Gerdards-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68. Lindenstraße 1.

# Kolossal billiger Lebensmittelverkauf!

Freitag Sonnabend Montag

1000 Stück allerfeinste Fettgänse gefroren . . . . . Pfund 1 <sup>10</sup>	
Schweinebauch . . . . . Pfd. 85 Pl.	Hammelvorderfl. . . . . Pfd. 55 Pl.
Schweinerücken . . . . . Pfd. 95 Pl.	Hammelnücken . . . . . Pfd. 65 Pl.
Schweineschinken . . . . . Pfd. 95 Pl.	Hammelkeule . . . . . Pfd. 75 Pl.
Schweineläusen . . . . . Pfd. 85 Pl.	Rinderlunge . . . . . Pfd. 30 Pl.
Kalbsvorderfleisch . . . . . Pfd. 60 Pl.	Kalbsrücken . . . . . Pfd. 75 Pl.
Kalbskeule . . . . . Pfd. 85 Pl.	Rinderherzen gefroren . . . . . Pfd. 33 Pl.

Prima fettes Ochsenfleisch . . . . . Pfd. 50 Pl.	Schweineköpfe gepöckelt . . . . . Pfund 38 Pl.
Landleberwurst . . . . . Pfd. 55 Pl.	Stettiner Teewurst . . . . . Pfd. 1 <sup>80</sup>
Rotwurst . . . . . Pfd. 75 Pl.	Cervelatwurst . . . . . Pfd. 1 <sup>95</sup>
Hausm.-Leberwurst . . . . . Pfd. 95 Pl.	Salamiwurst . . . . . Pfd. 1 <sup>95</sup>
Fleischwurst . . . . . Pfd. 95 Pl.	Jagdwurst . . . . . Pfd. 1 <sup>35</sup>
Gänsekeln . . . . . Pfd. 1 <sup>30</sup>	Gänsebrust . . . . . Pfd. 1 <sup>60</sup>
Gänsekeulen . . . . . Pfd. 1 <sup>60</sup>	Gänsefett . . . . . Pfd. 1 <sup>60</sup>

## Zwei Waggon Gemüse und Frucht-Konserven nur prima Qualitäten

Schneckenbohnen . . . . . 1/2 Dose 80 Pl.	Apfelmus . . . . . 1/2 Dose 63 Pl.	Kohlrabi . . . . . 1/2 Dose 50 Pl.
Gemüse-Erbsen . . . . . 1/2 Dose 50 Pl.	Pflaumen . . . . . 1/2 Dose 75 Pl.	Spinat . . . . . 1/2 Dose 65 Pl.
Karotten . . . . . 1/2 Dose 40 Pl.	Preißelbeeren . . . . . 1/2 Dose 1 <sup>20</sup>	Steinpilze . . . . . 1/2 Dose 1 <sup>50</sup>
Gem. Gemüse . . . . . 1/2 Dose 95 Pl.	Kirschen . . . . . 1/2 Dose 1 <sup>00</sup>	Pfefferlinge . . . . . 1/2 Dose 1 <sup>10</sup>

## Deutscher Kakao Marke Balda Pfund 65 | Kassler Rippespeer Pfd. 1<sup>25</sup>

Weizenmehl . . . . . Pfd. 19 Pl.	Kocherbsen . . . . . Pfd. 20 Pl.	Getr. Aprikosen . . . . . Pfd. 1 <sup>10</sup>
Auszugmehl . . . . . Pfd. 22 Pl.	Linsen . . . . . Pfd. 30 Pl.	Gebr. Gerste . . . . . Pfd. 20 Pl.
Voll-Reis . . . . . Pfd. 20 Pl.	Californ. Pflaumen . . . . . Pfd. 48 Pl.	Gebr. Kaffee . . . . . 1/2 Pfd. 70 Pl.
Tafel-Reis . . . . . Pfd. 25 Pl.	Californ. Backobst . . . . . Pfd. 60 Pl.	Zucker . . . . . Pfd. 29 Pl.

Rotkohl . . . . . Pfd. 6 Pl.	Räucherheringe Stück 10 Pl.	Wirsingkohl . . . . . Pfd. 7 Pl.
Kohlrüben . . . . . Pfd. 3 Pl.	Salzheringe 5 Stück 20 Pl.	Dreifrukt-Marmel. Pfd. 35 Pl.

Das große Warenhaus des Nordens **Uru** Swinemünder Straße 86 Ecke Lortzingstraße. Gebrüder, Aktien-Gesellschaft

PAUL SCHENCK REICHENBERGER STR. 30 HIGBIENHOFSTRASSE 108A

70.-

komplett mit 10 am Seidenschirm l. elektrisch 70.- M. 10r Gas LS.

aus unserer Reklame-Kollektion Größte Musterausstellung in Berlin.

Abreißkalender 1925

Der in Tisch und Kasse gefaltete Kalender (einfach in kleiner Familie und in fremden Häusern).

Preis 2 Mk. 20 Pf.

zu haben in der Buchhandlung G. W. Glöde und in der Buchhandlung G. W. Glöde.

HOLZHAUSER von 500 Mk. an. Schuppen, Hallen, Gerüste etc. liefert preiswert kurz- und lang.

Holzhausen - Lüttmann 8 1/2, Lüttmannstraße 91-93 Berlin 1070/71

Hunde 185-17\* Katzen, Papageien und kleine Haustiere werden behandelt.

Tierärztliche Poliklinik Chausseestraße 93 neben Kriegervereinhaus, Sprechstunden von 11-1 u. 4-6 Uhr

# Werbe-Tage im

Unsere Werbe-Tage sind dazu da, an die gesamte Groß-Beiliner Einwohner-schaft auf unsere Verkaufshäuser zu lenken. Wir kaufen gute halbe Damen-Herren- und Kinder-Schuhe unter besonderen Umständen billig ein u. bringen diese unseren werten Kunden halt zu haben niedrigen Preisen zum Verkauf. Von unseren 400 verschiedenen Modellen hier nur einige Beispiele:

<b>Für Herren</b>	<b>Für Damen</b>
Arbeitsstiefel kräftig, Spaltleder, breiter Form . . . . . M. 4 <sup>00</sup>	Schnür- und Spangenschuhe, br. Schließanlage sowie schmale Knopfschne, in braun u. schwarz R. Chevreux, edel Chevreux und Rindbox . . . . . M. 5 <sup>00</sup>
Echt Boxrind echt haltbar mod. breiter Form gutes Material . . . . . M. 6 <sup>00</sup>	Amerik. Stiefel, edel, Form, Gr. 35-39, Affenhaut Spang u. Pumps 35-39, Leder-Haus-Spang-Schuhe, Gr. 36-42, Halbhohe-Gehschuhe R. Chevreux u. Chromled. 35-37 M. 2 <sup>95</sup>
Braun echt Fahlleder und Pin-Box besonders kräftig haltbare Stiefel teils geschlossen Wasser- und gute Ledersohlen . . . . . M. 7 <sup>00</sup>	Ce. 500 Paar div. Halbschuhe in Lack Wildleder Goldleder, Affen, braun, schwarz, Boxen etc., R. Chevreux, Schnür, Pumps etc., Größe 35-37, teils größerer Nummern u. Serie I. Pl. 7.90, Serie II. M. 4 <sup>00</sup>
Sportstiefel besonders kräftige Sohlen gechlörte Leinwand weiches dichtes Futter, usw. Original Goodyear Welt Halbschuhe teils Stiefel in d. spitz Form, sehr modern M. 11 <sup>00</sup>	

**95**

Leder Damen-Haus-schuhe, kräftig Spaltleder, sowie warm, Stiefel, breiter od. enger, Gr. 36-41

Turnschuhe Gr. 36-41 mit starker Latsche

Warm-Kinderstiefel im Ledersohlen, Gr. 30-32

Baby-Schuhe Leder od. Stoff . . . . . Pl. 65

Pantoffel Herren 75, Damen . . . . . Pl. 65

Leder-Kinderstiefel Ledersohlen u. Absatzeck Größe 30-32 . . . . . M. 1<sup>95</sup>

Kinderstiefel echt braun, Fahlleder Größe 31-35 . . . . . M. 4<sup>50</sup>

Sport- und Wanderschuh für Damen, braun, Spaltleder, gechlörte Leinwand, besonders haltbar . . . . . 12<sup>00</sup>

**Gross-Deleil Schuh-Lokal Behrnat**

Münzstr. 25 Frankfurt a. M. 54 Kottbusser Damm 13